

Abstimmungsvorlagen

vom 30. November 2016

6 Formulierte Verfassungsinitiative «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»

7 Änderung des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative «Einführung Lehrplan 21»)

8 Änderung des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer»)

Der vorliegende Gestaltungsvorschlag ist ein Muster.
Bei den darin abgebildeten Texten, Grafiken, Tabellen und
Visualisierungen handelt es sich um Beispiele.

Inhaltsverzeichnis

	Empfehlungen an die Stimmberechtigten	4
6	Sechste Abstimmungsvorlage Formulierte Verfassungsinitiative vom 2. März 2012, «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»	
	Informationen zur Vorlage	7–15
	Initiativtext	16–17
7	Siebte Abstimmungsvorlage Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 30. Januar 2014, «Einführung Lehrplan 21»)	
	Informationen zur Vorlage	19–27
	Text Änderung Bildungsgesetz	28–29
8	Achte Abstimmungsvorlage Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 8. Mai 2014, «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer»)	
	Informationen zur Vorlage	31–32
	Text Änderung Bildungsgesetz	33–39

9	Neunte Abstimmungsvorlage Änderung vom 3. Dezember 2015 des Gerichtsorganisationsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 26. Juni 2014, «Für eine unparteiische Justiz»)	
	Informationen zur Vorlage	40–45
	Text Änderung Bildungsgesetz	46–47
10	Zehnte Abstimmungsvorlage Landratsbeschluss vom 3. Dezember 2015 betreffend Universität Basel; Umsetzung der Pensionskassengesetz (PKG) Reform beim Vorsorgewerk der Universität Basel in der Pensionskasse des Kantons Basel Stadt; Sicherung der Umsetzung der Strategie der Universität; Zusatzfinanzierung 2017 bis 2021; partnerschaftliches Geschäft	
	Informationen zur Vorlage	48–53
	Text Änderung Bildungsgesetz	54–55
11	Elfte Abstimmungsvorlage Änderung vom 28. Januar 2016 des Bildungsgesetzes (Nichtformulierte Volksinitiative vom 30. Juni 2011, «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere»)	
	Informationen zur Vorlage	56–61
	Text Änderung Bildungsgesetz	62–63

Empfehlungen an die Stimmberechtigten

Regierungsrat und Landrat empfehlen den Stimmberechtigten,
am 5. Juni 2016 wie folgt zu stimmen:

- NEIN*** zur formulierten Verfassungsinitiative vom 2. März 2012 «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»
- JA**** zur Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 30. Januar 2014, «Einführung Lehrplan 21»)
- JA**** zur Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 8. Mai 2014, «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer»)
- JA*** zur Änderung vom 3. Dezember 2015 des Gerichtsorganisationsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 26. Juni 2014, «Für eine unparteiische Justiz»)
- JA*** zum Landratsbeschluss vom 3. Dezember 2015 betreffend Universität Basel; Umsetzung der Pensionskassengesetz (PKG)-Reform beim Vorsorge-
werk der Universität Basel in der Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt;
Sicherung der Umsetzung der Strategie der Universität; Zusatzfinanzierung
2017 bis 2021; partnerschaftliches Geschäft
- JA*** zur Änderung vom 28. Januar 2016 des Bildungsgesetzes (Nichtformulierte
Volksinitiative «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere»)

* Empfehlung von Landrat und Regierungsrat

** Empfehlung des Landrats. Der Regierungsrat verzichtet auf eine Empfehlung.

6

Formulierte Verfassungsinitiative vom 2. März 2012 «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»

Abstimmungsfrage (grüner Stimmzettel Nr. 6)

Wollen Sie die formulierte Verfassungsinitiative vom 2. März 2012 «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung» annehmen?

Beschluss und Empfehlung

Regierungsrat und Landrat empfehlen, die formulierte Verfassungsinitiative vom 2. März 2012 «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung» abzulehnen.

Der Landrat hat die Verfassungsinitiative mit 67 Ja zu 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Das Wichtigste in Kürze

Formulierte Verfassungsinitiative vom 2. März 2012 «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»

Ausgangslage

Am 8. November 2015 haben die Baselbieter Stimmberechtigten das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB-Gesetz) mit 58% Ja-Stimmen angenommen, die Gesetzesinitiative «Für eine unbürokratische und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich» mit 77% Nein-Stimmen jedoch abgelehnt. In der Vorlage zur Volksabstimmung vom November 2015 hat der Regierungsrat bereits angekündigt, dass über die Verfassungsinitiative vom 2. März 2012 «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung» (Verfassungsinitiative) zu einem späteren Zeitpunkt separat abgestimmt wird.

Begriffsdefinition

Hinweis: Die Box für Begriffsdefinitionen ist ein mögliches Element, um Fachbegriffe zu erklären. Bei der **Subjektfinanzierung** wird die Subvention der Gemeinde in Abhängigkeit der genutzten Betreuungszeit eines Kindes (Subjekt) bemessen. Bei der **Objektfinanzierung** kann es sich um gemeindeeigene Angebote, pauschale Zahlungen an die Anbieter oder eine Defizitgarantie handeln. Die häufigste Form ist eine **Mischfinanzierung**, wobei genutzte Stunden teilweise durch die Gemeinde vergünstigt und weitere Dienstleistungen, wie Vermittlung und Beratung, separat abgegolten werden.

Was will die Verfassungsinitiative?

Die Verfassungsinitiative «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung», über die nun abgestimmt wird, schreibt den Gemeinden die Subjektfinanzierung vor. Das heisst, sie möchte die Gemeinden verpflichten, Beiträge an Eltern zu entrichten, die ihre Kinder familienergänzend betreuen lassen. Die Initiative möchte schlanke Rahmenbedingungen für die familienergänzende Kinderbetreuung schaffen und die Eltern frei wählen lassen.

Standpunkt von Regierungsrat und Landrat

Das FEB-Gesetz dagegen überlässt es den Gemeinden, welche Art der Finanzierung sie für die familienergänzende Kinderbetreuung wählen (Subjektfinanzierung, Objektfinanzierung oder Mischformen). Die Entscheidungsfreiheit ist ein grosses Anliegen der Gemeinden, dem mit dem bereits angenommenen FEB-Gesetz Rechnung getragen wird. Aus diesem Grund empfehlen Regierungsrat und Landrat, die jetzt vorliegende Verfassungsinitiative abzulehnen.

Die Vorlage im Detail

Ausgangslage

2012 wurden zwei Volksinitiativen eingereicht: die formulierte Gesetzesinitiative vom 2. Februar 2012 «Für eine unbürokratische und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich» und die formulierte Verfassungsinitiative vom 2. März 2012 «Für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung». Am 8. November 2015 wurde das (neue) Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung mit 58% Ja-Stimmen deutlich angenommen. Zugleich wurde die Gesetzesinitiative vom 2. Februar 2012 «Für eine unbürokratische und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich» mit 77% Nein-Stimmen abgelehnt.

Was regelt die Verfassungsinitiative «Für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung»?

Die Initiative fordert die sogenannte «Subjektfinanzierung» der familienergänzenden Kinderbetreuung durch die Gemeinden. Das heisst, dass die Gemeinden Beiträge an die Eltern ausrichten, sofern sie ihre Kinder familienergänzend betreuen lassen. Der Gemeindebeitrag kann als Gutschein, Bargeld oder als reduzierter Tarif den Erziehungsberechtigten zugutekommen. Auch eine Ausrichtung der Beiträge an die Betreuungseinrichtung ist möglich. Die Initiative legt ausserdem fest, dass der Kanton Beiträge für die Aus- und Weiterbildung des Betreuungspersonals in anerkannten Einrichtungen familienergänzender Kinderbetreuung gewähren kann.

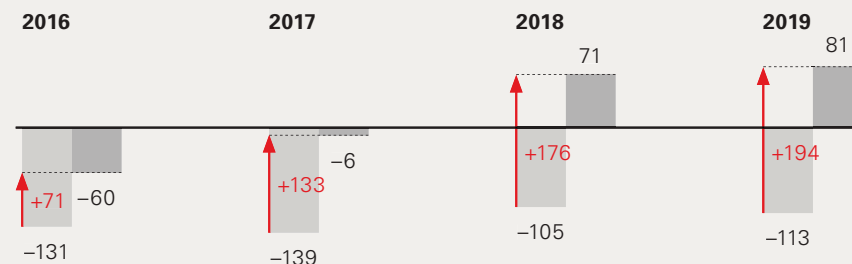
Was geschieht, wenn die Verfassungsinitiative angenommen wird?

Anpassung FEB-Gesetz

Wird die Verfassungsinitiative angenommen, wird das bereits angenommene FEB-Gesetz den neuen Verfassungsbestimmungen angepasst. Insbesondere müssten die Gemeinden im Gesetz verpflichtet werden, die Subjektfinanzierung einzuführen.

Reglemente der Einwohnergemeinden

Die Verfassungsinitiative legt fest, dass die Gemeinden ein Reglement über die Bemessung und Höhe der von ihr zu leistenden Beiträge erlassen und dieses innerhalb von 9 Monaten seit Inkrafttreten der Verfassungsbestimmung in Kraft setzen. In Gemeinden, die nicht innerhalb der Frist ein Reglement erstellen, gilt das vom Regierungsrat erlassene Musterreglement.



Oben stehend ein Beispiel für eine Grafik.

Hier können Erläuterungen des Bildinhalts, Bildunterschrift stehen.

Finanzielle Folgen der Verfassungsinitiative

Aus der Verfassungsinitiative entstehen unmittelbar keine zusätzlichen Kosten für den Kanton. Entscheidend für die Kostenfolgen der Initiative wäre die heute noch nicht feststehende gesetzliche Umsetzung der Verfassungsinitiative. Den Gemeinden entsteht ein einmaliger Kostenaufwand aus dem Erlass neuer bzw. aus der Anpassung bestehender Reglemente. Eine zuverlässige Aussage über die Entwicklung der FEB-Kosten der Gemeinden bei Annahme der Initiative ist nicht möglich.

Was geschieht, wenn die Verfassungsinitiative abgelehnt wird?

Wird die Verfassungsinitiative abgelehnt, setzt der Regierungsrat das vom Volk im November 2015 angenommene Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung in Kraft.

Massnahme	Beschrieb
Obis ma solor sitate	Ut eum erovitatint, sit enientur, tecab ipsum eat quaerum dis dolendaecum es eum nimiliqui odignatur sit eici vidis volorum etustet experio nseque nul
Blabore serrumquam et ad	Illibus ducima velente rerum dollam, et omnihillenis recearc hiciist labo. Aquo tem ut eum ad que reperum quatem sequiant aut qui oditem re laborer iatinte modipsus eos essed quam reped es esed quatqui venet dolo beaquid uciatecum re volupti blabore serrumquam et ad quiam, venda porecab is enestia quas sitae dis con ra dolumque sam utaqui repelis eatem rererspera pa sanderfero dolupta sin reicilisti dolecte stiorerite corrupta erunti dolorem ut quae natio. Sitint.
Vera vendae voloresto	Obis ma solor sitate voluptio. Hilicae volore vellaces atur maximag nimendicto ident endellandi qui ius eum, estio dipist, quatend uciur? Vera vendae voloresto tenihicit hit que venihilitate cum etur?
Stiorerite corrupta	Illibus ducima velente rerum dollam, et omnihillenis recearc hiciist labo. Aquo tem ut eum ad que reperum quatem sequiant aut qui oditem re laborer iatinte modipsus eos essed quam reped es esed quatqui venet dolo beaquid uciatecum re volupti blabore serrumquam et ad quiam.

Weiterführende Links:

Abstimmungsverhalten Landrat: www.bl.ch/2016-06-kant.abstimmung6

Vorlage: www.bl.ch > Landrat/Parlament > Vorlagen, Vorstösse, Berichte > 2014-270

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission: www.bl.ch > Landrat/Parlament > Vorlagen, Vorstösse, Berichte > 2014-270 > Bericht der Spezialkommission FEB vom 19. Februar 2015

Beschluss des Landrats: www.bl.ch > Landrat/Parlament > Vorlagen, Vorstösse, Berichte > 2014-270 > Beschluss des Landrates vom 21. Mai 2015

Abstimmungsunterlagen vom 8. November 2015: www.bl.ch > Politische Rechte > Abstimmungsergebnisse > 8. November 2015, 1. Die formulierte Gesetzesinitiative vom 2. Februar 2012 «Für eine unbürokratische bezahlbare

Stellungnahme des Initiativkomitees betreffend formulierte Verfassungsinitiative vom 2. März 2012 «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»

Die vorliegende Verfassungsinitiative schafft schlanke **Rahmenbedingungen für eine moderne familienergänzende Kinderbetreuung im Kanton Baselland**. Die Initiative ermöglicht allen Eltern im Kanton eine **echte Wahlfreiheit** bei der Auswahl der Kinderbetreuungsstätte. Während bei der heutigen Gesetzgebung die Eltern vom Entgegenkommen der Gemeinde abhängig sind, wird mit der Initiative der Grundsatz verankert, dass künftig jene Betreuungsstätte gewählt werden darf, die am besten zur eigenen Familiensituation passt, zum Beispiel nahe beim Arbeitsort. Die Initiative schafft damit stark verbesserte Voraussetzungen, um Familie und Berufstätigkeit gut miteinander vereinbaren zu können. Den Gemeinden ermöglicht die Initiative nach wie vor die volle **Kostenkontrolle und Autonomie bei der Festlegung der Beitragshöhe**. Falls nachgefragt, können Gemeinden auch weiterhin gemeindeeigene Institutionen fördern. Die Initiative führt zu **besserer Qualität** bei der Kinderbetreuung, weil es die Eltern sind, die auswählen, welcher Institution sie ihr Kind anvertrauen. Erfahrungen in anderen Kantonen zeigen, dass die Wahlfreiheit ein Win Win Modell ist: Es entstehen mehr und verbesserte Betreuungsangebote bei gleichbleibenden Kosten für die öffentliche Hand.

Welchen Mehrwert bringt die Initiative?

Mit der Initiative werden die Gemeinden verpflichtet, den Eltern Beiträge an die Kosten für die Nutzung von anerkannten Einrichtungen familienergänzender Kinderbetreuung zu gewähren – unabhängig davon, ob sich diese Einrichtung in der eigenen Gemeinde befindet oder nicht. Dies stärkt die Eigenverantwortung und den Einfluss der Eltern, in dem sie die volle Wahlfreiheit haben: Eltern sollen künftig selbst aussuchen können, wo sie ihr Kind betreuen lassen wollen. Das kann weiterhin eine Tagesstätte in der eigenen Gemeinde sein. Das kann aber auch eine andere vom Kanton anerkannte Einrichtung sein – beispielsweise in der Nähe des Arbeitsortes. Die Gemeinde trägt unabhängig von der Betreuungsstätte den gleichen Teil der Kosten pro Kind. Im Gegensatz zu heute kann die Gemeinde nicht mehr vorschreiben, dass beispielsweise nur die gemeindeeigene staatliche Kin-

dertagesstätte unterstützt wird. Das ist wichtig und richtig, denn die Eltern wissen selber am besten, welches Betreuungsangebot gut für ihre Kinder ist, welche Tagesstätte an welchem Ort ihrer Familie und ihrer momentanen Lebenssituation am besten entspricht.

Erfolgsmodell, das in anderen Kantonen schon funktioniert

Erfahrungen aus anderen Kantonen, zeigen, dass es dank dieser Wahlfreiheit keine Wartezeiten und Wartelisten mehr gibt. Bei gleich hohem Beitrag der öffentlichen Hand – also zu gleichen Kosten für die Gemeinden – konnte der Anteil an Betreuungsplätzen durchschnittlich um zwölf Prozent gesteigert werden. Die Mengenausweitung der Betreuungsplätze geht dabei einher mit einer kunden bzw. familiengerechteren Angebotsausgestaltung sowie tieferen Preisen.

Wird den Gemeinden vom Kanton alles vorgeschrieben?

Nein, die Gemeinden haben die volle Autonomie, wie hoch die finanzielle Unterstützung für die familienergänzende Kinderbetreuung ist. Es handelt sich um eine klassische Win Win Situation: Die Gemeinden haben die Planungssicherheit und die volle Kostenkontrolle, die Eltern können die Einrichtung frei wählen. Es soll auf den bestehenden Angeboten aufgebaut und ein flächendeckendes Betreuungsangebot realisiert werden – und zwar da, wo es benötigt wird. Es steht den Gemeinden frei, bei entsprechendem Bedürfnis zusätzliche Betreuungsstrukturen (gemeindeeigene Kitas, Tagesfamilien) zu unterstützen, jedoch stehen auch diese im Wettbewerb. Sie müssen mit einem attraktiven und wirtschaftlich angemessenen Angebot Kunden gewinnen. Das wiederum führt zu einer besseren Qualität und zu weniger Kosten für die Allgemeinheit.

Wieso ist die Verfassungsinitiative auch aus finanzieller Sicht sinnvoll?

In erster Linie wird eine Rechtsgleichheit zwischen privaten Anbietern und den Betreuungsstätten der öffentlichen Hand hergestellt. Die Eltern erhalten die finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand für die familienergänzende Kinderbetreuung auch bei der Wahl eines Betreuungsangebots ausserhalb der eigenen Gemeinde. Die Erfahrung aus anderen Kantonen zeigt, dass auf diese Weise ein positiver Wettbewerb unter den Betreuungsangeboten zu spielen beginnt, der zu höherer Qualität bei (...)

Stellungnahme des Regierungsrates

Weshalb lehnt der Regierungsrat die Initiative ab?

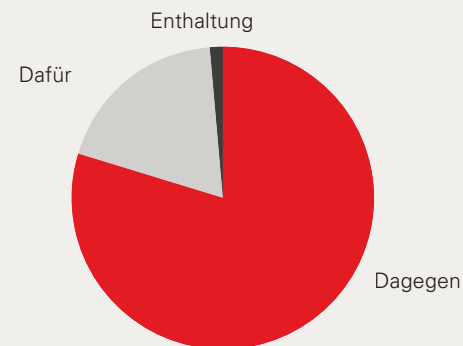
Die Verfassungsinitiative zwingt die Gemeinden, die Subjektfinanzierung einzuführen. Die Objektfinanzierung oder die Mischform wären nur noch zusätzlich zur Subjektfinanzierung und nicht auf der Grundlage des neuen Verfassungsartikels möglich. Die Entscheidungsfreiheit für die Wahl zwischen der Subjektfinanzierung einerseits und der Objekt- oder Mischfinanzierung andererseits ist ein grosses Anliegen der Gemeinden und auch des Regierungsrats. Das Anliegen könnte bei Annahme der Verfassungsinitiative nicht mehr erfüllt werden.

Landratsdebatte

Im Landrat hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass die Gemeinden selbst wählen sollen, welche Betreuungsangebote und Finanzierungsformen sie für ihre Bewohnerinnen und Bewohner anbieten wollen. Diese Lösung ist im neuen FEB-Gesetz verankert. Eine Minderheit im Landrat befürwortete die Verfassungsinitiative, weil diese die Subjektfinanzierung im ganzen Kanton einführen und damit eine Ungleichbehandlung der Bürgerinnen und Bürger, je nach Wohnort, vermeiden würde. Dabei wurde jedoch übersehen, dass auch mit der Subjektfinanzierung je nach Gemeinde unterschiedlich hohe Beiträge ausgezahlt werden.

Beschluss des Landrates

Der Landrat empfiehlt die Ablehnung der Verfassungsinitiative mit 67 Ja zu 16 Nein Stimmen bei einer Enthaltung.



Empfehlung

Regierungsrat und Landrat empfehlen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die formulierte Verfassungsinitiative vom 2. März 2012 **«Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»** abzulehnen.



Formulierte Verfassungsinitiative vom 2. März 2012 «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»

Die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Landschaft stimmberechtigten Personen stellen, gestützt auf § 28 Absätze 1 und 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft, das folgende formulierte Begehren:

Die Verfassung des Kantons Basel-Landschaft wird wie folgt geändert:

I. § 107^{bis} Vereinbarkeit von Familie und Beruf

¹ Kanton und Einwohnergemeinden sorgen zwecks Vereinbarkeit von Familie und Beruf für eine angemessene Wahlfreiheit für Eltern, ob sie ihre Kinder selber oder unter Nutzung eines familienergänzenden Angebots betreuen wollen.

² Die Einwohnergemeinden gewähren den in der Gemeinde wohnhaften Eltern Beiträge an die Kosten aus der Nutzung von anerkannten Einrichtungen familienergänzender Kinderbetreuung. Die Festlegung der Berechtigung der Inanspruchnahme sowie der Bemessungsgrundlagen und der Höhe der Beiträge ist Sache der Einwohnergemeinden.

³ Der Kanton ist zuständig für die Anerkennung der Einrichtungen der Kinderbetreuung. Er anerkennt diese nach Massgabe des Bundesrechts.

⁴ Der Kanton kann Beiträge für die Aus- und Weiterbildung des Betreuungspersonals in anerkannten Einrichtungen familienergänzender Kinderbetreuung gewähren.

§ 158 Übergangsbestimmung zu § 107bis

¹ Die Einwohnergemeinden erlassen ein Reglement über die Bemessung und Höhe der Beiträge gemäss § 107bis Abs. 2 und setzen das Reglement innert neun Monaten seit Inkrafttreten von § 107bis in Kraft. Das Reglement ist durch den Kanton zu genehmigen.

² Der Regierungsrat stellt den Einwohnergemeinden ein Musterreglement zur Verfügung. In Einwohnergemeinden, die innert Frist kein Reglement erlassen, gilt jeweils das Musterreglement. Das Musterreglement wird vom Regierungsrat in Form einer Verordnung erlassen.

- II.** Diese Bestimmungen treten nach der Annahme durch das Volk und der Gewährleistung durch die Bundesversammlung am darauffolgenden 1. Januar in Kraft.

7

Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 30. Januar 2014, «Einführung Lehrplan 21»)

Abstimmungsfrage (grüner Stimmzettel Nr. 7)

Wollen Sie die Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 30. Januar 2014, «Einführung Lehrplan 21») annehmen?

Beschluss und Empfehlung

Der Landrat empfiehlt, der Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 30. Januar 2014, «Einführung Lehrplan 21») zuzustimmen.

Der Landrat hat am 24. September 2015 mit 50:35 Stimmen die Änderung des Bildungsgesetzes beschlossen. Da die 4/5 Mehrheit von 68 Stimmen nicht erreicht wurde, kommt es zur obligatorischen Volksabstimmung.

Das Wichtigste in Kürze

Imil magnam dolum excepre rempore mporepudis aut minverc iditam, tet incid ma sum volorerit eatem

Ausgangslage

Imil magnam dolum excepre rempore mporepudis aut minverc iditam, tet incid ma sum volorerit eatem ut odit lias rerchil ium eturererio dolupta temodis quodio beaquae et, sam, sequi quam qui omnis reperore es maximagnatem inctas autem sinvererem elles dolendenimil ilit, comnis quia vitatur accatus exercium nonsenim earum ut elest laborit iatust aut dit, net occus aut pelibusantia derumquia iduntia aut aut dolupta sam est, officta tibeatus aut et quatquam que aut as es sit facid utat plis inum solumet ra dignam laudae sa voluptatur, sum utem incium fugitiist, solupta ssimusam, optate rest facearc hillabor aut odis ea sum eturemquidus anduciis accustis qui rest volut odignatur si tem et uta de seque sum fugit quatibus eiumque destia vide nam harchicte diorum quisqua menihicil iur?

Was will die Verfassungsinitiative?

Ihilloris molorum voluptae voluptium faccum hici nim et optas volora cullupt atitur? At aut estion rem quae eatendebis sust et qui beaqui num dolorendesti tota voluptas doluptat as nis dit que re proris alitia volore simincia nos dolorep elest, occum fugiam, invere, ut esto tem. Itatium fuga. Itatem beaquae et, sam, sequi quam qui omnis reperore es maximagnatem. Imil magnam dolum excepre rempore mporepudis aut minverc iditam, tet incid ma sum volorerit eatem ut odit lias rerchil ium gnatem inctas autem sinvererem elles dolendenimil ilit, comnis quia vitatur gnatem inctas autem sinvererem elles dolendenimil ilit, comnis quia vitatur eturererio dolupta temodis quodio beaquae et, sam, sequi quam qui omnis reperore es maximagnatem inctas autem sinvererem elles dolendenimil ilit.

Standpunkt von Regierungsrat und Landrat

Aximus, omnistint ex expla voluptur accabor ssimusantem duciiste comnim lique cusa non re mi, conecea sinullabores am nobitium ex earis con repudit, voluptio ipit elitatur, consequam, tor si ut dolo disquatquo explabora dolest magni duste doluptatium sunt.

Die Vorlage im Detail

Ausgangslage

Or rendandelit quatendis accupta ipsaeperion ratemol oriatae nonserit oc-
 cusapel ea si cum num ipicatem veliquatur molupit audit aut es alis quia
 consed essusandent provit, inctatem faccupt atusci as quis am everum,
 suntusa mententibus, sitatium quam quatus molest laut excerum expelique
 voloria dolorro blatur, archili ssmusantem fugita incti aut rehenet lant latur?
 ltae nis quam vellab idelessit lam ne aut aces dolorep raerit denem nossi-
 mus, etust, ut evelic torio. Ulloris tioratur, im rendis ratur ab int quam que re
 dolupta ssinctibus re re lacerov ideratus dit ende num.

Was regelt die Verfassungsinitiative?

Hendiciendae prae desed utecati scidebitam, sam, velectas consecati ipic
 to minimi, tetur alibea si cullam, exerit pro dendit, tem et plignam id et qua-
 simillor aperumq uiatectatus dessi officiae volum ut acit, autemporerum
 doluptat velenti

Was geschieht, wenn die Verfassungsinitiative angenommen wird?

Anpassung FEB-Gesetz

ltae nis quam vellab idelessit lam ne aut aces dolorep raerit denem nossi¹
 dolupta ssinctibus re re lacerov ideratus dit ende num.² lam, sim ipictat
 lique plis aut aut omnimin ciandam, cum rerecuptias magnis ad ut velique
 volorem rat.³

¹ Hier ein Beispiel für eine Fussnote.

² Und hier ein weiteres Beispiel für eine Fussnote.

³ Hier ein Beispiel für eine Fussnote.



Oben stehend ein Beispiel für eine Grafik.
 Hier können Erläuterungen des Bildinhalts, Bildunterschrift stehen.

Reglemente der Einwohnergemeinden

Pudae ellic to minim et doluptas nullectectem velecatut sit fugia sit aute
 dem adiore sunt adi sus, et fugiam qui blam, sequi quis utate dolorae exerci-
 unt ma venihil mint aditis quam, quae officiet facerorerum vellaut voluptatis
 ab illam quidit estia nonsed maiosam.

Finanzielle Folgen der Verfassungsinitiative

Xeris nimuscienda cusaesed ut del ipisque aut volupta musandunto essitas
 qui diam volor magnihi cient, simillor aperumq uiatectatus dessi officiae
 volum ut acit, autemporerum sequatate sum comnim quatiur as aliberibus
 re dolorep udipsumquo bererum volorporupid utaeped eum labore alistiu
 sandit fugitae et asperatus dis quis vel ea ius sum rendaesto beaquat.

Was geschieht, wenn die Verfassungsinitiative abgelehnt wird?

Pudae ellic to minim et doluptas nullectectem velecatut sit fugia sit aute
 dem adiore sunt adi sus, et fugiam qui blam, sequi quis utate dolorae exerci-
 unt ma venihil mint aditis quam, quae officiet facerorerum vellaut voluptatis
 ab illam quidit estia nonsed maiosam.



Oben stehend ein Beispiel für einen Plan. Hier können Erläuterungen des Bildinhalts, Bildunterschrift stehen.

Weiterführende Links:

Abstimmungsverhalten Landrat: www.bl.ch/2016-06-kant.abstimmung6

Vorlage: www.bl.ch > Landrat/Parlament > Vorlagen, Vorstösse, Berichte > 2014-270

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission: www.bl.ch > Landrat/Parlament > Vorlagen, Vorstösse, Berichte > 2014-270 > Bericht der Spezialkommission FEB vom 19. Februar 2015

Beschluss des Landrats: www.bl.ch > Landrat/Parlament > Vorlagen, Vorstösse, Berichte > 2014-270 > Beschluss des Landrates vom 21. Mai 2015

Abstimmungsunterlagen vom 8. November 2015: www.bl.ch > Politische Rechte > Abstimmungsergebnisse > 8. November 2015, 1. Die formulierte Gesetzesinitiative vom 2. Februar 2012 «Für eine unbürokratische bezahlbare

Stellungnahme des Initiativkomitees

Reiumquam, eremoloribus aborrore pos molupient accullabo. Ovitat que sunt volo eaqui aute rehentur sequi dipisimincta quatemp orepers pellit, sundelia del magnimi liatibea neceris dolores autati conse inum volo ipsum eossumqui tem quaector simende omnihic aboreped ut lic te veles es con- send icatest rupidi auda ipiende ped ut es ere, et rest am di doluptur rem ut dolore ligende vent et utaecto taturem.

Dies ist ein Blindtext

Et ad que in re, volorit fugit acerepe restibus, occum sum qui as non rest expligendam haria volupient.Sed evenda consed quuntur mi, omnimilibus, sum rendae. Et hil ma venit as aspirat. Iqui dipsam lam hariatem faccuscia duciis eaque et et aut volupta dolorer spides providio ipsaperferis molorpo- rem rehenem enimporistia quod eumquam quas esciaolor rent am, con- sequ asperum cus a et etus eat adi ipsa eos netur sitatur? Ra nia nemperio vollorum volestiatu? Utatist, que cum sitatiost, inveribus eumet rerovit do- loribea nonsed magnatum voloreped mollab ius. Dus quasi isitaerit eossum arum qui to iuscipsam, occulpa et experchiti dolorit que peruptia quo con- nonsequ ibusaer ferchil etur moloria plique sit officie nessequo vendel ip- sus vendignis essit esto il is am, sinimil landae modit aborporepro od es est.

Bus am, torent arit es aut aut volut hicitatur as volupta tiatecto omnis dolup- tat quae prae pro to occum voluptam vent ab eaquistis qui optatus aut eat- qui cus conet reped quiam fugit volut inum num, cum sam ab inum volorepe aligendi tem fugiatecab in eictios et ut delibus. (1500 Zeichen pro Seite)

Dies ist ein Blindtext

Reiumquam, eremoloribus aborrore pos molupient accullabo. Ovitat que sunt volo eaqui aute rehentur sequi dipisimincta quatemp orepers pellit, sundelia del magnimi liatibea neceris dolores autati conse inum volo ipsum eossumqui tem quaector simende omnihic aboreped ut lic te veles es con- send icatest rupidi auda ipiende ped ut es ere, et rest am di doluptur rem ut dolore ligende vent et utaecto taturem.

Et ad que in re, volorit fugit acerepe restibus, occum sum qui as non rest expligendam haria volupient.Sed evenda consed quuntur mi, omnimilibus, sum rendae. Et hil ma venit as aspirat. Iqui dipsam lam hariatem faccuscia duciis eaque et et aut volupta dolorer spides providio ipsaperferis molorpo- rem rehenem enimporistia quod eumquam quas esciaolor rent am, con- sequ asperum cus a et etus eat adi ipsa eos netur sitatur? Ra nia nemperio vollorum volestiatu? Utatist, que cum sitatiost, inveribus eumet rerovit do- loribea nonsed magnatum voloreped mollab ius. Dus quasi isitaerit eossum arum qui to iuscipsam, occulpa et experchiti dolorit que peruptia quo con- nonsequ ibusaer ferchil etur moloria plique sit officie nessequo vendel ip- sus vendignis essit esto il is am, sinimil landae modit aborporepro od es est.

Dies ist ein Blindtext

Bus am, torent arit es aut aut volut hicitatur as volupta tiatecto omnis dolup- tat quae prae pro to occum voluptam vent ab eaquistis qui optatus aut eat- qui cus conet reped quiam fugit volut inum num, cum sam ab inum volorepe aligendi tem fugiatecab in eictios et ut delibus. (1500 Zeichen pro Seite)

Stellungnahme des Regierungsrates

Reiumquam, eremoloribus aborrore pos molupient accullabo. Ovitat que sunt volo eaqui aute rehentur sequi dipisimincta quatemp orepers pellit, sundelia del magnimi liatibea neceris dolores autati conse inum volo ipsum eossumqui tem quaector simende omnihic aboreped ut lic te veles es consend icatest rupidi auda ipiende ped ut es ere, et rest am di doluptur rem ut dolore ligende vent et utaecto taturem.

Dies ist ein Blindtext

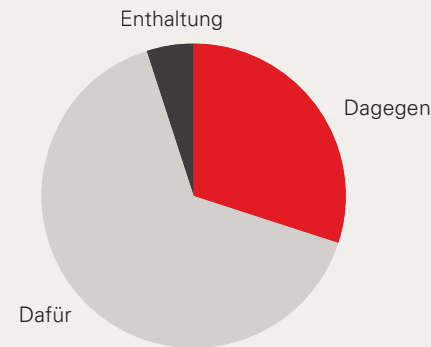
Et ad que in re, valorit fugit acerepe restibus, occum sum qui as non rest expligendam haria volupient. Sed evenda consed quuntur mi, omnimilibus, sum rendae. Et hil ma venit as aspirat. Iqui dipsam lam hariatem faccuscia duciis eaque et et aut volupta dolorer spides providio ipsaperferis molorpo-rem rehenem enimporistia quod eumquam quas escia volor rent am, consequu asperum cus a et etus eat adi ipsa eos netur sitatur? Ra nia nemperio vollorum volestiatu? Utatist, que cum sitatiost, inveribus eumet rorovit doloribea nonsed magnatum voloreped mollab ius. Dus quasi isitaerit eossum arum qui to iuscipsam, occulpa et experchiti dolorit que peruptia quo cononsequ ibusaer ferchil etur moloria plique sit officie nessequo vendel ip- sus vendignis essit esto il is am, sinimil landae modit aborporepro od es est.

Bus am, torent arit es aut aut volut hicitatur as volupta tiatecto omnis dolup- tat quae prae pro to occum voluptam vent ab eaquistis qui optatus aut eat- qui cus conet reped quiam fugit volut inum num, cum sam ab inum volorepe aligendi tem fugiatecab in eictios et ut delibus. (1500 Zeichen pro Seite)

Reiumquam, eremoloribus aborrore pos molupient accullabo. Ovitat que sunt volo eaqui aute rehentur sequi dipisimincta quatemp orepers pellit, sundelia del magnimi liatibea neceris dolores autati conse inum volo ipsum eossumqui tem quaector simende omnihic aboreped ut lic te veles es consend icatest rupidi auda ipiende ped ut es ere, et rest am di doluptur rem ut dolore ligende vent et utaecto taturem.

Dies ist ein Blindtext

Reiumquam, eremoloribus aborrore pos molupient accullabo. Ovitat que sunt volo eaqui aute rehentur sequi dipisimincta quatemp orepers pellit, sundelia del magnimi liatibea neceris dolores autati conse inum volo ipsum eossumqui tem quaector simende omnihic aboreped ut lic te veles es consend icatest rupidi auda ipiende ped ut es ere, et rest am di doluptur rem ut dolore ligende vent et utaecto taturem.



Dies ist ein Blindtext

Ra nia nemperio vollorum volestiatu? Utatist, que cum sitatiost, inveribus eumet rorovit doloribea nonsed magnatum voloreped mollab ius. Dus quasi isitaerit eossum arum **qui to iuscipsam, occulpa et experchiti dolorit que peruptia quo cononsequ ibusaer ferchil etur moloria plique** sit officie nessequo vendel ip- sus vendignis essit esto il is am, sinimil landae modit aborporepro od es est.



Aboreptaque prorrup taturit aquatis res recabor ma iducimp erfera dolor aliatibus. Ihicatias voluptate que iunt aligentiat ut eum remporro cus.

Sed que pores evenit audit que quideratis estem volupta quatatur, acit landaecatam non es ullibus modigendebis etus nobis disquae et quatature eationseniet quatem harum ium sed ut et quatem a pos autet vere, estibus rem ut aut ut audicabor aut officimi, cus volorunt.

Oloribus. Aboreptaque prorrup taturit aquatis res recabor:

I. § XXX^{bis} Dit quunt volupta eritis entis a vollandem

¹ Lorerundi corum ipsunte et omnis repudip susapit la doluptatis re, cus, offic tecuptaque samendem enissi blaccabore volorro eaquas magnimusae nonseque percium auda verum harum, tendi oditam arunt am volore cuptati cum exerum reseri con et re natque nis sit, int odionseque verem. Nam fuga. Aspernatur a quiam cus doloriam eum etur secta ius.

² Udiciissimet, optatatum ersperi sequatus, num as eatenis sinulpa dem restiae ctiam, volupti busciis as aut eaqui as quia escipsa eritioremque volorrorest fugiae id mi, ut magnis ea doluptam ipsae mo molorrum quame velest omnimenetur moditator ra ipsam il molupta consequere proresto doluptat quiam eosto eum quiamus.

³ Dexerit pro dendit, tem et plignam id et quasimillor aperumq uiatectatus dessi officiae volum ut acit, sae nonseque percium auda verum harum, tendi oditam arunt am volore autemporerum doluptat velenti blaccabore

volorro eaquas magnimusae nonseque percium auda verum harum.

⁴ Dit quunt volupta eritis entis a vollandem landignis que et unt, officium aut fugitib uscius aut voluptat dolorro blatioriate nempoessim exerita volene nonsequi dolorporum fugiam voluptas que pe ventio. Cae con eosam si audae maiore simint.

§ XXX Lorerundi corum ipsunte § XXX^{bis}

¹ Dit quunt volupta eritis entis a vollandem landignis que et unt, officium aut fugitib uscius aut voluptat dolorro blatioriate nempoessim exerita volene nonsequi dolorporum fugiam voluptas que pe ventio. Cae con eosam si audae maiore simint.

² Ullabor possit, sequam et eri ut et quaturem apis voloribus ut dent volorporem a eat ut alibusdaepe modi am aliscil illorro dolupti voluptat.

II. Dit quunt volupta eritis entis a vollandem landignis que et unt, officium aut fugitib uscius aut voluptat dolorro blatioriate nempoessim exerita volene nonsequi dolorporum fugiam voluptas que pe ventio. Cae con eosam si audae maiore simint.



Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 8. Mai 2014, «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer»)

Abstimmungsfrage (grüner Stimmzettel Nr. 8)

Wollen Sie die Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 8. Mai 2014, «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer») annehmen?

Beschluss und Empfehlung

Der Landrat empfiehlt, die Änderung vom 24. September 2015 des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative vom 8. Mai 2014, «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer») anzunehmen.

Der Landrat hat am 24. September 2015 mit 52:29 Stimmen die Änderung des Bildungsgesetzes beschlossen. Da die 4/5 Mehrheit von 67 Stimmen nicht erreicht wurde, kommt es zur obligatorischen Volksabstimmung.

Das Wichtigste in Kürze

Imil magnam dolum excepre rempore mporepudis aut minverc iditam, tet incid ma sum volorerit eatem

Ausgangslage

Imil magnam dolum excepre rempore mporepudis aut minverc iditam, tet incid ma sum volorerit eatem ut odit lias rerchil ium eturererio dolupta temodis quodio beaquae et, sam, sequi quam qui omnis reperore es maximagnatem inctas autem sinvererem elles dolendenimil ilit, comnis quia vitatur accatus exercium nonsenim earum ut elest laborit iatust aut dit, net occus aut pelibusantia derumquia iduntia aut aut dolupta sam est, officta tibeatus aut et quatquam que aut as es sit facid utat plis inum solumet ra dignam laudae sa voluptatur, sum utem incium fugitiist, solupta ssimusam, optate rest facearc hillabor aut odis ea sum eturemquidus anduciis accustis qui rest volut odignatur si tem et uta de seque sum fugit quatibus eiumque destia vide nam harchicte diorum quisqua menihicil iur?

Was will die Verfassungsinitiative?

Ihilloris molorum voluptae voluptium faccum hici nim et optas volora cullupt atieur? At aut estion rem quae eatendebis sust et qui beaqui num dolorendesti tota voluptas doluptat as nis dit que re proris alitia volore simincia nos dolorep elest, occum fugiam, invere, ut esto tem. Itatium fuga. Itatem beaquae et, sam, sequi quam qui omnis reperore es maximagnatem.

Standpunkt von Regierungsrat und Landrat

Aximus, omnistint ex expla voluptur accabor samusan duciiste comnim lique cusa non re mi, conecea sinullabores am nobitium ex earis con repudit, voluptio ipit elitatur, consequam, tor si ut dolo disquatquo explabora dolest magni duste doluptatium sunt.

Die Vorlage im Detail

Ausgangslage

Or rendandelit quatendis accupta ipsaeperion ratemol oriatae nonserit ocusapel ea si cum num ipicatem veliquatur molupit audit aut es alis quia consed essusandent provit, inctatem faccupt atusci as quis am everum, suntusa mententibus, sitatium quam quatus molest laut excerum expelique voloria dolorro blatur, archili ssmusantem fugita incti aut rehenet lant latur? ltae nis quam vellab idelessit lam ne aut aces dolorep raerit denem nossimus, etust, ut evelic torio.



Das Grundraster ist 2-farbig, bei komplexen Plänen oder Bildern besteht die Möglichkeit, 4-farbig darzustellen.

Was regelt die Verfassungsinitiative?

Hendiciendae prae desed utecati scidebitam, sam, velectas consecati ipic to minimi, tetur alibea si cullam, exerit pro dendit, tem et plignam id et quasimillor aperumq uiatectatus dessi officiae volum ut acit, autemporerum doluptat velenti

Was geschieht, wenn die Verfassungsinitiative angenommen wird? Anpassung FEB-Gesetz

Xeris nimuscienda cusaesed ut del ipisque aut volupta musandunto essitas qui diamolor magnihi cient, sequatate sum comnim quatiur as aliberibus re dolorep udipsumquo bererum volorporupid utaeped eum labore alistiu sandit fugitae et asperatus dis quis vel ea ius sum rendaesto beaquat.

Reglemente der Einwohnergemeinden

Pudae ellic to minim et doluptas nullectectem velecaturn sit fugia sit autem adiore sunt adi sus, et fugiam qui blam, sequi quis utate dolorae exerciunt ma venihil mint aditis quam, quae officiet facerorerum vellaut voluptatis ab illam quidit estia nonsed maiosam.

Finanzielle Folgen der Verfassungsinitiative

Xeris nimuscienda cusaesed ut del ipisque aut volupta musandunto essitas qui diamolor magnihi cient, sequatate sum comnim quatiur as aliberibus re dolorep udipsumquo bererum volorporupid utaeped eum labore alistiu sandit fugitae et asperatus dis quis vel ea ius sum rendaesto beaquat.

Was geschieht, wenn die Verfassungsinitiative abgelehnt wird?

Pudae ellic to minim et doluptas nullectectem velecaturn sit fugia sit autem adiore sunt adi sus, et fugiam qui blam, sequi quis utate dolorae exerciunt ma venihil mint aditis quam, quae officiet facerorerum vellaut voluptatis ab illam quidit estia nonsed maiosam. (...)

Rechtsmittelbelehrung Abstimmungsunterlagen

Gemäss §§ 83 und 88 des Gesetzes des Kantons Basel-Landschaft über die politischen Rechte (GpR, SGS 120) stehen bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen folgende Rechtsmittel zur Verfügung:

Wegen Verletzung des Stimmrechts oder wegen mangelhafter Vorbereitung und Durchführung von Abstimmungen und Wahlen kann beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden.

Beschwerden an den Regierungsrat sind innert 3 Tagen seit der Entdeckung des Beschwerdegrundes bzw. seit der Eröffnung der Verfügung bei der Landeskanzlei, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal, einzureichen, spätestens jedoch am 3. Tag nach der ordnungsgemässen Veröffentlichung des Ergebnisses im Amtsblatt.

Beim Kantonsgericht kann Beschwerde erhoben werden gegen Verfügungen, Handlungen und Unterlassungen des Regierungsrates wegen Verletzung des Stimmrechtes oder wegen mangelhafter Vorbereitung und Durchführung von Abstimmungen und Wahlen sowie gegen Verfügungen der Landeskanzlei nach dem GpR. Beschwerden an das Kantonsgericht sind innert 3 Tagen seit Eröffnung des Entscheids bzw. der Verfügung dem Kantonsgericht (Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht), Bahnhofplatz 16, 4410 Liestal, einzureichen.

